

17. SoVD-Bundesverbandstagung ein voller Erfolg

Zehn sozialpolitische Forderungen für den Bundestagswahlkampf verabschiedet

Starker Auftakt im Jahr 2009: Die 17. Bundesverbandstagung des Sozialverband Deutschland hat am 10. Januar in Berlin zehn sozialpolitische Grundsatzforderungen für die Bundestagswahl 2009 verabschiedet. Außerdem beschlossen die 199 stimmberechtigten Delegierten unter anderem die Verankerung zusätzlicher Aufgabengebiete in der Satzung.

Eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Sozialpolitik steht im Mittelpunkt der mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Resolution im Vorfeld des Bundes-

Auswirkungen der globalen Finanzkrise zum Ausdruck. Ausgelöst durch kurzfristige, ausschließlich renditeorientierte Anlagestrategien und weltweit unkontrollierte Finanzmärkte gerieten immer mehr Wirtschaftsbranchen in ihren Sog. Diese Entwicklung bedrohe in zunehmendem Maße auch Arbeit und Einkommen vieler Menschen in Deutschland. Alternative können nur eine sozialstaatliche Ordnung sein, die Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen in den Vordergrund stelle.

Den Sozialabbau angeprangert

Den massiven Sozialabbau der letzten Jahre prangerte auch SoVD-Präsident Adolf Bauer in seinem Jahresbericht an: „Leider wurde und wird im Rahmen der Finanzkrise wieder einmal mehr die Sanierung der Wirtschaft in den Vordergrund der politischen Bemühungen gestellt. Die tiefgreifenden Leistungskürzungen in unseren sozialen Sicherungssystemen, die drohende Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Zunahme der prekären Beschäftigungsformen



SoVD-Präsident Adolf Bauer forderte soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

tagswahlkampfes. Im Vorwort der Forderungen bringt der SoVD, der sich weiterhin als sozialpolitische Interessenvertretung der gesetzlich Renten- und Krankenversicherten, der pflegebedürftigen und behinderten Menschen versteht, seine große Sorge über die wachsenden



Fotos (4): Schlemmer

Das Tagungspräsidium der 17. SoVD-Bundesverbandstagung (v. li.): Richard Dörzapf, Kerstin Römer, Angelika Winkler, Dr. Gerald Uhlich, Manfred Grönda, Horst Wendland, Inge Jefimov, Lothar Dufke und Adolf Bauer.

lassen die Unsicherheit in der Bevölkerung immer stärker werden. Die Angst vor sozialem Abstieg und Armut ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.“

Politische Kehrtwendung dringend erforderlich

Der SoVD-Präsident betonte auch unter Bezugnahme auf den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums zunehmend ungerechter werde. Die Zahl der Menschen, die in Armut lebten oder von Armut bedroht sei, steige drastisch an. Eine politische Kehrtwendung sei dringend erforderlich. Vor diesem Hintergrund fordert der SoVD in seiner Resolution geschlossen die Verwirklichung einer offensiven Sozialpolitik, die die Bedürfnisse der Menschen wieder in den Mittelpunkt

des Handelns von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stellt. (Die Forderungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ sind im Wortlaut auf Seite 4 abgedruckt.)

Mit dem Beschluss einer modernisierten Satzung, die abschließend von den 199 Delegierten mit nur fünf Gegenstimmen verabschiedet wurde, wurde im Rahmen der Verbandstagung zudem der Weg freigemacht, um weitere Gebiete im Aufgabefeld des SoVD zu verankern.

Neue Aufgabengebiete im Aufgabenkatalog

So wird sich der Verband künftig in stärkerem Maße mit Fragen der Europäischen Sozialpolitik befassen. Neu aufgenommen im Aufgabenkatalog wurde außerdem die Förderung von Familien, Alleinerziehenden, Kindern und Jugendlichen im Sinne der Generationengerechtigkeit, die sich nun in der Satzung widerspiegelt. Die Delegierten beschlossen im Zuge der Verbandstagung außerdem Satzungsänderungen, die die Erlangung einer eigenen Rechtsfähigkeit von Landesverbänden ermöglichen.

Gelebte Praxis formal verankert

Damit wird die rechtliche Selbstständigkeit von Landesverbänden,

für die sich die Bundesverbandstagungen von 1999 und 2003 ausgesprochen hatten, nun auch nach der Satzung ermöglicht und die bereits gelebte Praxis der Eigenverantwortlichkeit formal verankert. Ein weiterer Vorteil: Die eigene Rechtsfähigkeit führt zu kürzeren und schnelleren Entscheidungswegen. Rechtlich selbstständige Landesverbände können künftig direkt Landesmittel oder andere Fördermittel beantragen. Übergreifende Aufgaben werden hingegen nach wie vor vom Bundesverband geleistet. Die geänderten Satzungen werden im Internet veröffentlicht werden. *veo*



Manfred Grönda führte als Tagungspräsident durch die Veranstaltung.



Mit nur fünf Gegenstimmen verabschiedeten die 199 Delegierten der 17. SoVD-Bundesverbandstagung eine Modernisierung der Satzung.

Fortsetzung von Seite 1

Konjunkturpaket II: Aufschwung auf Pump?

Weniger Steuern und Abgaben

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer von 7664 Euro zunächst rückwirkend zum 1. Januar 2009 auf 7834 Euro angehoben. Bis zum Jahr 2010 steigt der Grundfreibetrag auf 8004 Euro. Der Eingangssteuersatz wird zudem von 15 auf 14 Prozent gesenkt, während die Steuersätze erst bei höheren Einkommen beginnen sollen.

Auch der Beitrag zur gesetzlichen Krankenkasse sinkt zum 1. Juli von 15,5 auf 14,9 Prozent. Für gesetzlich Versicherte bedeutet dies eine effektive Entlastung von 0,3 Prozent ihres Einkommens. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird bei 2,8 Prozent stabilisiert.

Ab dem 1. Juli soll zudem die Kfz-Steuer umgestellt werden und fortan auch nach dem Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids berechnet werden. Je nach Schadstoffmenge können hiervon die Besitzer kleinerer und somit umweltfreundlicher Autos profitieren.

Zusätzliche Leistungen

Der Regelsatz für Kinder aus Hartz-IV-Familien im Alter von 6

bis 13 Jahren steigt von 60 auf 70 Prozent. Er erhöht sich somit monatlich von 211 auf 246 Euro pro Kind. Zusätzlich erhalten alle Eltern, die Anspruch auf Kindergeld haben, spätestens im März pro Kind einen einmalig gezahlten Bonus in Höhe von 100 Euro.

Private Autobesitzer können im Zusammenhang mit den beschlossenen Regelungen auf Antrag eine Abwrackprämie von 2500 Euro erhalten. Bedingung hierfür ist, dass sie ihr mindestens neun Jahre altes Auto stilllegen lassen und dafür einen Neu- oder Jahreswagen kaufen.

Bewertung des SoVD

Einzelne Ansatzpunkte des Konjunkturpaketes II gehen nach Ansicht

des SoVD in die richtige Richtung, sind jedoch teilweise nicht konsequent zu Ende gedacht. So ist die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder durchaus zu begrüßen. Gleichzeitig fällt diese Anhebung nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines aktuellen Urteils des Bundessozialgerichtes (siehe Seite 3) noch immer zu niedrig aus. Die Senkung der Krankenkassenbeiträge durch mehr Steuermittel ist ein positives Signal auch für Rentner und Geringverdiener. Zu kritisieren ist allerdings, dass der 2004 eingeführte Sonderbeitrag für Arbeitnehmer und Rentner nicht abgeschafft wurde. Damit wurde die Chance vertan, die paritätische Finanzierung der

gesetzlichen Krankenversicherung wiederherzustellen. Bei der geplanten Sanierung von Schulen sollte nach Überzeugung des SoVD die Verwirklichung von Barrierefreiheit zu einem zentralen Kriterium gemacht werden. Barrierefreie Schulen sind die Voraussetzung für das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Schülern.

Unter dem Strich bleibt das Konjunkturpaket II gerade für die 19 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland enttäuschend. Die Renten haben allein in den letzten fünf Jahren um mehr als zehn Prozent an Kaufkraft verloren. Dieser Trend muss endlich gestoppt werden – auch das stützt die Konjunktur. *jb*

BEILAGENHINWEIS

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Witt Weiden bei.